



Von 1350 Parkplätzen im Nibelungenviertel fallen rund 150 weg - oder vielleicht doch nicht?

Foto: Julia Vogl

Rolle rückwärts beim Parkverbot

SÜDSTADT Neue Regelungen im Nürnberger Nibelungenviertel werden nach Protesten nochmal genau überprüft.

VON JULIA VOGL

NÜRNBERG – Große Aufregung in der Nürnberger Südstadt: Im Nibelungenviertel wurden vor zwei Wochen Parkverbots-Schilder aufgestellt. Das Problem: Nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner wurden vorab über die Maßnahme informiert. Während sich manche darüber aufregten, weil sie nicht wissen, wo sie ihre Fahrzeuge jetzt abstellen sollen, freuten sich andere Anwohner darüber, weil sie nun viel besser mit ihrem Kinderwagen auf den Gehsteigen durch das Viertel kommen. Jetzt macht die Stadt eine Rolle rückwärts, die Schilder werden vorerst ungültig.

Das Verkehrsplanungsamt der Stadt hatte die Schilder im Rahmen der Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses (der den Fuß- und Radverkehr stärken soll) aufstellen lassen, weil das Nibelungenviertel so stark zugeparkt ist, dass die Gehwege nicht mehr auf einer erforderlichen Breite von 1,5 Metern begehbar waren. Mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Gehvägelchen gab es an manchen Stellen kein oder kaum noch Durchkommen mehr.

Außerdem bat die Feuerwehr darum, weil sie im Brandfall mit der (im Viertel erforderlichen) Drehleiter

nicht mehr durchgekommen wäre. Insgesamt fallen durch die Neuregelung so rund 150 Parkplätze weg - von insgesamt 1350, die es laut dem städtischen Baureferenten Daniel Ulrich im Viertel gibt.

Der Plan des Verkehrsplanungsamts, die Bürger zunächst zu informieren und die Schilder erst dann aufzustellen, hat nicht bei allen Haushalten geklappt. So meldeten sich Anwohner bei der Redaktion, die sich darüber beschwerten, dass die Neuregelung für sie überraschend kam. Die Stadt aber beruhigte: Zunächst sollte für Parker eine Schonfrist gelten, die Kommunale Verkehrsüberwachung verteile derzeit noch keine Knöllchen.

Ein Kommunikationsdesaster

Nasser Ahmed, verkehrspolitischer Sprecher der SPD im Stadtrat und selbst wohnhaft im Nibelungenviertel (mit eigens angemietetem Tiefgaragenstellplatz), sprach schon damals von einem „Kommunikationsdesaster“. Die Stadt, so seine Kritik, sei über das Ziel hinausgeschossen. Man müsse den Bürgern schon Zeit geben, um mit der neuen Situation zurechtzukommen und nicht gleich auf einen Schlag 150 Parkplätze streichen.

Und genau das tut die Stadt jetzt. Aus dem Rathaus war zu vernehmen, dass die Schilder nun zunächst ungültig bleiben, die Regelung vorerst zurückgenommen wird.

„Wir haben uns entschieden, dass wir nachsteuern werden“, sagt Daniel Ulrich - womöglich auch zulasten der Fußgänger. An dem Raum, den die Feuerwehr fordert, könne man schließlich nichts ändern. „Nur weil Menschen seit 20 Jahren auf einer Feuerwehrfläche stehen, können sie da künftig trotzdem nicht mehr stehen“, so Ulrich. Die Stadt werde sich das Gebiet noch einmal ansehen - die Parkverbote könnten danach moderater ausfallen, als die aktuell bestehenden Schilder fordern. Bis Anfang Oktober, so Ulrich, gebe es im Nibelungenviertel keine Knöllchen. Außerdem solle das Thema noch im Verkehrsausschuss diskutiert werden. Die CSU hat bereits einen entsprechenden Antrag für die Sitzung am kommenden Donnerstag, 19. September, gestellt. Darin fordert Verkehrssprecher Daniel Frank auch, dass den Anwohnern Alternativen für Stellplätze aufgezeigt werden, um den Parkdruck wieder zu verringern.

Die SPD will in der kommenden Woche bei einem Vor-Ort-Termin mit Anwohnern ins Gespräch kommen.

„Viele von Ihnen sind zu Recht verärgert, da die Stadtverwaltung Sie nicht rechtzeitig informiert hat“, heißt es in einem Schreiben des Ortsvereins Lichtenhof, „lassen Sie uns gerne darüber diskutieren, wie wir den öffentlichen Raum in dicht bebauten Stadtteilen im Sinne von allen gerecht und zukunftsgerichtet gestalten können“. Treffpunkt ist am Dienstag, 17. September, um 17 Uhr an der Kreuzung Hertastraße/Walkürenstraße - neben SPD-Stadträten wird auch Frank Jülich, der Leiter des Verkehrsplanungsamtes vor Ort sein, außerdem die Feuerwehr, die die Parksituation kritisiert hatte.

Die Neuregelung wurde im Viertel bereits hitzig diskutiert. „Das, was da gerade passiert, ist völliger Irrsinn“, hieß es etwa von einem Anwohner, der gern wieder parken dürfen möchte. „Wir begrüßen die Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses im Sinne einer dringend notwendigen und nachhaltigen Stadtentwicklung!“, heißt es dagegen von einer anderen Anwohnerin. Gerade für Familien mit Kinderwagen sei die Neuregelung sinnvoll. Auch sei es schwierig für die Kinder, die Straße gefahrlos zu überqueren, wenn alles zugeparkt ist und vom Gehsteig aus große Fahrzeuge die Sicht verdecken.